



Wariner Ziele

Die BO Warin führte ihre erste Mitgliederversammlung des Jahres durch und setzte sich anspruchsvolle Ziele.

Seite 2



Weniger Geld für die Jugend

Eine Einschätzung zur Novellierung des neuen Finanzausgleichsgesetzes M-V von Martin Mehlhose

Seite 2

Wariner Tafel e.V. eröffnet



Von Ute Spriewald, BO Warin

Am 13. Februar 2010 war es soweit, nur vier Monate nach Gründung des Vereins eröffnete die Wariner Tafel ihre Pforten.

Vereinsmitglieder und Sponsoren fanden sich in den Vereinsräumen zusammen und freuten sich gemeinsam über das Erreichte. Die Räume sind gemalt und eingerichtet. Erste Lebensmittel sind bereits eingelagert, täglich kommt neue Ware dazu. Auch der Dienstplan für das Abholen und Ausgeben steht. Es ist also alles gerüstet, damit ab dem 16. Februar jeweils dienstags Bedürftige die aus den örtlichen Einkaufsmärkten und Geschäften stammenden Lebensmittel abholen können.

Initiator für die Wariner Tafel ist Mirko Krause. Mirko ist ein Neumitglied unserer Partei und verstärkt die Wariner Basisorganisation. Dieser zurückhaltende und eher schüchtern wirkende Genosse hat mit Beharrlichkeit und Fleiß durchgesetzt, dass ab sofort Bedürftige aus dem Amtsbereich Neukloster/Warin vor Ort Hilfe

erhalten können. Schnell fanden sich 15 Gründungsmitglieder, die gemeinsam voller Elan die Idee Mirko's in die Tat umsetzen. Jeder half, wo er konnte. Diejenigen, die künftig mit Lebensmitteln umgehen werden, besuchten einen Lehrgang, um den Gesundheitspass zu erwerben. Mirko selbst ging Klinken putzen, um Sponsoren zu gewinnen, Sach- und Lebensmittelspenden einzuwerben, die Herrichtung der Räumlichkeiten zu organisieren und alle Aktivitäten und Akteure zu koordinieren.

Andreas Spriewald, der für DIE LINKE in der Stadtvertretung sitzt und selbst Mitbegründer und Vorstandsmitglied der Wariner Tafel ist, kümmerte sich um die rechtlichen und vertraglichen Dinge und vermittelte zu den benachbarten Tafeln. Die waren zuerst nicht gerade erbaut, dass nun Warin selbst für den Amtsbereich Neukloster/Warin eine Tafel gründete. Mittlerweile regelt ein Kooperationsvertrag zwischen den Tafeln die Abgrenzung und die Zusammenarbeit nach den Tafel-Grundsätzen des Bundes-

verbandes Deutsche Tafel e.V..

Herr Pischel von der Sternberger Tafel e. V. war ein gern gesehener Gast bei der Eröffnung. Der Landesvorsitzende der Tafel e.V., Herr Grabow und die Bundestagsabgeordnete Dr. Martina Bunge, die die Tafel finanziell unterstützen will, konnten wegen chaotischer Verkehrsbedingungen an diesem Tag leider nicht kommen.

Besonders erfreulich, dass der Großteil der angesprochenen ortsansässigen Gewerbebetriebe und Ärzte sofort ihre Unterstützung für die Tafel anboten. Auch die Stadtvertreter gaben grünes Licht für finanzielle Unterstützung und stimmten für den entsprechenden Antrag der Linksfraktion. Auch unser Kreisvorsitzender Roy Rietentidt unterstützte mit Rat und Tat. Mit seiner Hilfe konnte die Wariner Tafel e. V. einen Fördermittelantrag beim Landkreis stellen, der hoffentlich bewilligt wird. Denn noch fehlt dem Verein ein Kühlfahrzeug.

Wir berichten in Kürze, wie die Hilfe angelaufen ist.

Gastkommentar

Paukenschlag

Ausputzer für die Politik.
Gastkommentar

Von Wolfgang Neskovic

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu den Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder ist ein Paukenschlag. In die Freude über das wegweisende Urteil mischt sich jedoch auch Besorgnis. Das oberste Gericht wird zunehmend zum Ausputzer für Politik, die unfähig und unwillig ist, das Grundgesetz als Maßstab des eigenen Handelns anzuerkennen.



Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat missachten seit Jahren ihre verfassungsrechtlichen Pflichten. Insbesondere seit 2001 versäumen sie es, das gesamte gesetzgeberische Handeln an der Verfassung auszurichten. Immer wieder haben Exekutive und Legislative in den vergangenen Jahren versucht, die Grenzen des im Rahmen des Grundgesetzes Machbaren bis zum letzten auszureizen.

Auf diese ignorante Haltung hat das BVerfG bislang insbesondere im Bereich der Sicherheitsgesetzgebung reagiert. Mehrfach erklärten die obersten Richter im Bundestag verabschiedete Gesetze als verfassungswidrig – prominentes Beispiel ist das Flugsicherheitsgesetz. Mit Verweis auf die Würde des Menschen kippten sie das Vorhaben, von Terroristen gekaperte Flugzeuge schlicht abzuschießen. Noch anhängig sind Klagen zur Vorratsdatenspeicherung und zum BKA-Gesetz.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Paukenschlag

(Fortsetzung von Seite 1)

Auch hier kann man mit einer Niederlage für Regierung und Parlament rechnen.

Mit der gestrigen Entscheidung hat das BVerfG den Bereich der Freiheitsrechte verlassen. Das Gericht hat sich als Verteidiger dieses Prinzips erwiesen. Es hat das Sozialstaatsprinzip konkretisiert und somit gestärkt. Die Hartz-Regelungen erfüllen laut Urteil »nicht den verfassungsrechtlichen Anspruch auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums«. Damit argumentieren die Richter, wie bereits im Fall des Flugsicherheitsgesetzes, mit Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes. Hierin steht: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« Das Gericht stellt fest, dass die Hartz-IV-Regelungen gegen das Kernprinzip unserer Verfassung verstoßen.



Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Entscheidung nunmehr unmissverständlich einen durchsetzbaren Anspruch auf die staatliche Gewährleistung eines Mindestmaßes an Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben festgelegt. Das stärkt das in den vergangenen Jahren unter Beschuss geratene Sozialstaatsprinzip. Hierfür war es höchste Zeit.

Dennoch wäre ein Bekenntnis zum Sozialstaatsgebot eigentlich Aufgabe des Parlaments. Die Fraktion Die LINKE fordert deshalb die Festschreibung und konkrete Ausgestaltung sozialer Grundrechte im Grundgesetz. Auf diese Weise könnte das Sozialstaatsprinzip dauerhaft vor politischen Angriffen geschützt werden. Wenn das Parlament seine Aufgaben ernst nimmt, überlässt es diese Aufgabe nicht weiterhin den Karlsruher Richtern.

Quelle: junge Welt, 10. Februar 2010

Wariner BO mit anspruchsvollen Zielen

Am 17. Februar führte die BO Warin ihre erste Mitgliederversammlung des Jahres durch. Knapp 20 Mitglieder kamen in Wahlkreisbüro von Wolfgang Griese, welches gut sichtbar direkt an der Hauptstraße liegt, zusammen, um die Vorhaben für 2010 zu beraten.

Zuerst wurde das Aktionsprogramm bis zur nächsten Kommunalwahl besprochen. Einerseits ging es um die „Parteiarbeit“, wie zum Beispiel den Verjüngungsprozess in unsere BO und ganz speziell im Vorstand. Zudem wurde die Mitgliedergewinnung skizziert.

Unser Ziel: Bis 2014 gewinnt jede/r Genosse/-in ein Mitglied!

Auch die bessere Einbeziehung der Sympathisantinnen und Sympathisanten war ein Thema.

Wir verständigten uns auf eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit. Da seien Beiträge in der

Tagespresse, als auch in DIE LINKE in Nordwest genannt. Aber dazu zählen auch Aktionen und Veranstaltungen zum Frauentag, zum 1. Mai oder zum Weltfriedenstag. Hinzu kommt natürlich weiterhin die Verteilung der Klar-Zeitung und anderer linker Publikationen.

Als Zweites verständigten wir uns über Probleme in und um Warin, die wir – hauptsächlich über unsere Stadtfraktion – angehen wollen.

Über die Wariner Tafel, die zwei Tage zuvor ihren ersten Ausgabetag hatte, informierten Mirko Krause als Vereinsvorsitzender und Andreas Spriewald als Vereinsmitglied.

Es ist eigentlich traurig, dass es in Deutschland überhaupt Bedarf an solchen Angeboten gibt. Dennoch muss man hier Hilfe organisieren. Unser vollster Respekt gilt den Vereinsmitgliedern, die die

Tafel innerhalb kürzester Zeit und gegen einige Widerstände auf die Beine gestellt haben. Mirko berichtete, dass der Andrang bisher seine Erwartungen übertraf. So konnten einige Unangemeldete beim ersten Mal leider nicht versorgt werden. Damit das in Zukunft nicht mehr passiert, sollen weitere „Lieferanten“ gefunden werden.

Zuletzt besprachen wir die Durchführung unserer Blumenverteilaktion zum Internationalen Frauentag am 8. März. Diese langjährige Tradition setzen wir natürlich fort. Denn leider gibt es immer noch genug, wofür man als Frau oder für Frauen kämpfen muss. Dass Frauen dabei die Unterstützung der LINKEN haben, kann man mit einer Blume und einem kleinen „Anschreiben“ an diesen Tag ganz gut zum Ausdruck bringen.

Björn Griese

Die Auswirkung des neuen Finanzausgleichsgesetz auf Kinder und Jugendliche

Eine Einschätzung zum neuen Finanzausgleichsgesetz M-V von Martin Mehlhose

Durch die Novellierung der Finanzausgleichsgesetzes werden die Kommunen unseres Landes in eine finanzielle Krise gestürzt.

Neben den durch die Wirtschaftskrise eingebrochenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer bekommen die Gemeinden und Kreise vielerorts nun auch noch eine geringere Schlüsselzuweisung durch das Land. Dem gegenüber werden jedoch in der nächsten Zeit die Pflichtausgaben der Kommunen z.B. die Kosten der Unterkunft für Empfänger von Harz IV steigen. Diese tragen zwar die Kreise, werden jedoch durch die Kreisumlage auf die Gemeinden weitergereicht.

Da wird in der Zukunft durch die jetzt schon angespannte Haushaltssituation vieler Kommunen kein Geld mehr für die Aufgaben der freiwilligen Selbstverwaltung bleiben. Dementsprechend wird

wohl bei den Haushaltsberatungen, die zur Zeit in vielen Gemeindevertretungen anstehen, der Rotstift vor allem hier angesetzt werden. Das wird auch viele negative Folgen für die Kinder und Jugendlichen vor Ort haben. Denn Streetworker, kommunale Jugendzentren und großzügige Zuschüsse für die Jugendabteilungen der Sportvereine werden bald aus kommunal politischer Sicht gar nicht mehr denkbar sein. Dabei sind gerade diese freiwilligen Leistungen für die Struktur in unserem Land so wichtig. Kinderspielplätze, die jetzt vielerorts schon verwüstet und ungepflegt sind, werden in Zukunft womöglich ganz abgeschafft werden weil die laufenden Unterhaltungsausgaben nicht mehr aufgebracht werden können. Diese schlechten Bedingungen für Kinder und Jugendliche könnten in naher Zukunft dazu führen, dass junge Familien nicht mehr in unser Land ziehen bzw. die, welche hier noch wohnen nach Möglichkeit Richtung Wes-

ten auswandern um sich und ihren Kindern ein „besseres“ Leben zu bieten.

Wenn wir erst einmal dort angekommen sind, dass in Sachen sinnvoller Freizeitgestaltung in unserem Land nichts mehr läuft, wird es, wie z.B. in Sachsen geschehen, ein leichtes sein für rechte Parteien und Kameradschaften, Jugendliche für ihre menschenverachtenden Ideologien zu gewinnen.

Dies gilt es zu verhindern! Deswegen fordern wir die Landesregierung auf, durch ein Umdenken in der Finanzpolitik den Kommunen wieder genug Geld zur Verfügung zu stellen damit diese eine vernünftige Daseinsvorsorge treffen können. Gleichzeitig fordern wir unsere Partei auf, dieses Thema gründlich zu diskutieren und es ins Wahlkampfprogramm für die nächste Landtagswahl mit aufzunehmen. Denn wer die Kommunen schwächt, schwächt das ganze Land!

Kreisvorstand vom Winter ausgebremst



Von **Ute Spriewald, Mitglied des Kreisvorstandes, BO Warin**

Wegen chaotischer Schneeverhältnisse traf sich der Kreisvorstand erst zwei Wochen später als gewohnt.

Besonders für die „Neuen“ im Vorstand berichteten Kreisgeschäftsführer Michael Heinze und Geschäftsstellenleiter Günther Jobst über ihre Arbeit und die Nutzung der Räumlichkeiten. Es war eine gute Entscheidung, neben der Kreisgeschäftsstelle Grevesmühlen auch die Regionalgeschäftsstelle Gadebusch trotz Kreiszusammenlegung aufrecht zu erhalten, die Kontakte zwischen den Basisorganisationen und den Geschäftsstellen sollten aber intensiviert und Nutzungsordnungen für die Geschäftsräume aufgestellt werden.

Die Programmdebatte ist gut angelaufen, das Januarthema „Arbeit – für wen, wie und für wie viel Geld“ ist so vielschichtig, dass am 20. März erneut darüber debattiert werden wird. Interessierte sind in der Geschäftsstelle GVM ab 9.00 Uhr willkommen. Eingeladen ist die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion Regine Lück.

Wer zur Satzungsdebatte noch Stellung nehmen will, sollte sich beeilen, die Satzung soll beim nächsten Landesparteitag im April verabschiedet werden.

Die Vorbereitungen für die gemeinsame Mitgliederversammlung am 27. Februar 2010 im Rathaus Wismar sind abgeschlossen. Zu beachten ist, dass das Parken auf dem Marktplatz nur noch eingeschränkt möglich ist, weshalb auf andere Parkplätze ausgewichen werden muss.

Vertreter des Kreisverbandes und der Kreistagsfraktion trafen sich mit der SPD. Die gute Zusammenarbeit soll fortgesetzt wer-

den. Gemeinsam kann mehr erreicht werden. Dies gilt insbesondere im Kampf gegen Rechts. So ist eine gemeinsame Veranstaltung geplant, wie man parlamentarisch und außerparlamentarisch mit NPD-Anträgen und rechten Provokationen umgehen sollte. Dazu eingeladen werden der innenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Peter Ritter und Mathias Brodkorb, Sprecher für Politische Bildung in der SPD-Landtagsfraktion und sehr engagiert tätig gegen Rechtsextremismus.

Frank Wuttke informierte, dass mehr Nutzer die Homepage unseres Kreisverbandes (www.die-linke-nwm.de) nutzen, aber deutlich mehr wären erwünscht. Ein eigens eingerichteter Blog informiert über den Stand und die Termine zur Programm- und Satzungsdebatte. Jedermann ist aufgerufen, sich mit eigenen Beiträgen oder Anmerkungen einzubringen, und das bequem vom Sofa aus!

Wahlkämpfe belasten unseren Haushalt

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wie es am Jahresbeginn so Brauch ist, wird auch (und vor allem) auf dem Gebiet der Finanzen Bilanz gezogen und die Einnahmen- und Ausgabensituation analysiert.

Wir müssen feststellen, dass wir auch bei gleichbleibenden Beitragseinnahmen die Ausgaben für die zu erwartenden Wahlkämpfe nicht mehr lange aufbringen können. Im Kreismaßstab kosten unseren Kreisverband Wahlkämpfe auch bei größter Sparsamkeit 3500 bis 4000 Euro.

Dies können wir aus dem laufenden Haushalt nicht mehr finanzieren. Wir müssen auch feststellen, dass das Spendenaufkommen der letzten Jahre nicht ausreicht um diese zusätzlichen Ausgaben abzudecken.

Deshalb hat sich der Kreisvorstand in seiner Sitzung am 17.02.2010 mit diesem Problem beschäftigt, um Möglichkeiten zu finden langfristig die Durchführung der anstehenden Wahlkämpfe abzusichern.

Als ein Mittel dazu wurde die Einrichtung eines kreislichen Wahlfonds diskutiert. Er könnte so aussehen, dass für die Jahre 2010 und 2011 von jedem Mitglied und natürlich auch von Sympathisanten jeweils mindestens 12 Euro als Spende eingebracht werden.

Dieses Geld könnte verzinslich angelegt und nur zweckgebunden auf Beschluss der Gesamtmitgliederversammlung zur Durchführung von Wahlkampfmaßnahmen eingesetzt werden.

Ähnlich wie der Beitrag für die Europäische Linke sollte diese Spende halbjährlich oder jährlich geleistet werden. Der Kreisvorstand wird auf einer der nächsten Gesamtmitgliederversammlungen diesen Vorschlag zur Diskussion stellen.

Wir möchten Euch aber jetzt schon darüber informieren und würden uns über einen lebhaften Rücklauf und natürlich auch über Alternativvorschläge sehr freuen.

Helga Brauer
Verantwortliche für Finanzen

ELENA aufheben!

Beteiligt euch an der Online-Petition:

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass der elektronische Entgeltnachweises (ELENA) aufgehoben wird.

Es werden unzulässig Daten erhoben, die weit über den ursprünglichen Sinn des Gesetzes hinausgehen. Zum Beispiel werden Streik- oder Aussperrungszeiten gespeichert, die Arbeitgeber müssen Abmahnungs- und Kündigungsgründe angeben. Dem Sinn des Gesetzes widerspricht schon der 2 jährige Aufbau einer Datenbank, die auch mit erheblichem Aufwand der Arbeitgeber verbunden ist.

Von der beabsichtigten Kostensparnis kann keine Rede sein, es werden millionenfach Daten erhoben, die nie benötigt werden, da die meisten Bürger - aus welchen Gründen auch immer - weder Wohngeld, Elterngeld oder Arbeitslosengeld beantragen.

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=8926>

Termine

03. MÄRZ

Geschäftsstelle Grevesmühlen, Beginn: 18.30 Uhr

Vorstandssitzung Kreisverband Nordwestmecklenburg

17. MÄRZ

Hochschule Wismar, am 17.03.2010, Beginn: 16 Uhr

Diskussion / Vortrag

Das schwedische Modell – soziale und demokratische Regulierung von Kapitalismus?

Reihe »Die Welt, in der wir leben« mit Frau Prof. Dr. Felfe

27. MÄRZ

Lübeck, 27.03.2010 | 10.00 Uhr

Kein Nazi-Aufmarsch in Lübeck

Das Bündnis „Wir können sie stoppen“ kündigt friedliche Sitzblockaden gegen den bevorstehenden Nazi-Aufmarsch in der Lübecker Innenstadt an. In einer „Lübecker Erklärung“



haben bereits 250 Unterzeichner kundgetan, dass sie dieses Instrument des zivilen Ungehorsams nutzen wollen, um den alljährlichen Nazi-Aufmarsch aufzuhalten.

Weitere Infos:
www.wirkoennensiestoppen.de

Einladung

Die Mitgliederversammlung der BO Amt Gadebusch findet am

24. MÄRZ 2010

um 16.30 Uhr in der Regionalgeschäftsstelle Gadebusch statt.

Auf dieser werden der/die Vorsitzende der BO und der Vorstand gewählt. Alle Mitglieder der BO werden hiermit eingeladen.

Programmdiskussion online

Mitmachen! Registriere Dich auf:
www.blog.die-linke-nwm.de



Auf der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 beschlossen die Delegierten auf Anregung von Clara Zetkin die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages.

Am 19. März 1911 wurde in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz der erste Frauentag gefeiert.

Mit der Wahl des Datums sollte der revolutionäre Charakter des Frauentags hervorgehoben werden, denn der Vortag, der 18. März, war der Gedenktag für die Gefallenen während der Märzrevolution 1848. Außerdem hatte auch die Pariser Commune 1871 im März begonnen.

Zentrale Forderungen waren:

- gegen den imperialistischen Krieg
- Arbeitsschutzgesetz
- Wahl- und Stimmrecht der Frauen
- gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- der Achtstundentag
- ausreichender Mutter- und Kinderschutz
- Festsetzung von Mindestlöhnen

Einige Ziele wurden erreicht! Aber noch immer müssen die Frauen für ihre volle Gleichberechtigung

Pointen von Uwe Steimle:

Wir hätten schon 1990 von den Westsemmeln auf das schließen können, was kommt: Luft, Luft, Luft.

Glaubwürdigkeit – das ist was für Banken und die Kirche. Die anderen sollten es mit der Wahrheit versuchen.

kämpfen.

Die Partei DIE LINKE hat große Anstrengungen unternommen und einiges erreicht. So verfügen die Frauen in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag über eine Mehrheit. Auch müssen bei Wahlen immer gleichviel männliche und weibliche Kandidaten aufgestellt werden.

Ich schlage vor: Im nächsten Jahr sollte DIE LINKE zur 100. Wiederkehr des Tages ein großes Fest feiern. Diskutiert das doch mal in Euren Basisorganisationen oder Parteigremien.

Übrigens erst 1921 wurde auf Beschluss der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz der 8. März als internationaler Feiertag festgelegt. Damit sollte an den großen Textilarbeiterinnen-Streik in Petersburg 1917 erinnert werden.

Der Kampf geht weiter:

*Frauen,
die nichts fordern,
werden beim Wort genommen - sie bekommen nichts!*

(Simone de Beauvoir)

Günther Bruns im Namen des Kreisvorstandes

„Wissen Sie, warum die Chinesen so lächeln? - Die haben ihre Mauer noch“. (nachdem das Publikum lacht) „Es gibt nichts Schöneres als wenn man verstanden wird. Die in Baden-Baden haben an der gleichen Stelle auch gelacht.“

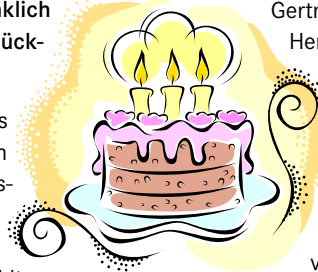
Herzlichen Glückwunsch

Der Kreisvorstand der LINKEN .Nordwestmecklenburg gratuliert allen Genossinnen und Genossen die im Monat Februar 2010 Geburtstag haben, ganz herzlich und wünscht ihnen alles erdenklich Gute. Besondere Glückwünsche gehen an:

Gerhard Gorzitza aus Grevesmühlen zum 82. am 03.02., Christa Weise aus Gadebusch zum 81. am 06.02., Erika Schmidt von der Insel Poel zum 78. am 08.02., Manfred Blank aus Warin zum 70. am 08.02., Ingeborg Hilger aus Grevesmühlen zum 70. am 12.02., Heidemarie Ziel aus Lützow zum 60. am 12.02., Bruno Kerbstadt aus Grevesmühlen zum 86. am 16.02., Horst Bachmann aus Selmsdorf zum 77. am 16.02., Norbert Niemann aus Lübtorf zum 65. am 18.02., Charlotte Bibow aus Grevesmühlen zum 75. am 21.02. und Luise

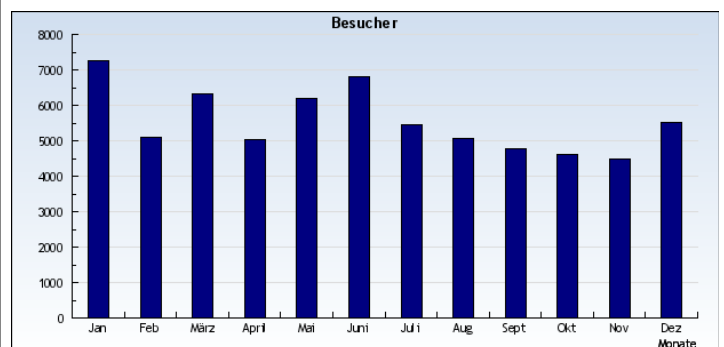
Schulz aus Grevesmühlen zum 84. am 24.02.2010.

Ganz herzliche Glückwünsche gehen auch an die Geburtstagskinder im März 2010:



Gertrud Simanzik aus Herrnburg zum 86. am 04.03., Ernst Hahn aus Selmsdorf zum 83. am 04.03., Thomas Pagels aus Grevesmühlen zum 50. am 05.03., Jürgen Backsmann aus Rehna zum 50. am 12.03., Erika Reuter aus Grevesmühlen zum 79. am 15.03., Ute Spriewald aus Warin zum 50. am 15.03., Heinz Benthin aus Wahrsow zum 72. am 17.03., Wilfried Kropp aus Grevesmühlen zum 81. am 28.03., Anita Horn aus Hundorf zum 77. am 28.03., Winfried Hiller aus Grevesmühlen zum 77. am 29.03. und Aloys Behnke aus Manderow zum 65. am 30.03.2010.

Spiegelbild nach außen



Im Zeitraum vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 hatte unsere Homepage 66626 Besucher (Diagramm). Insgesamt wurden 137251 Web-Seiten aus unserem Internet-Angebot aufgerufen. Im Jahr 2008 waren es noch 54496 Besucher und 112644 Seitenaufrufe. Inhaltlich finden wir auf unserer Homepage besonders Standpunkte und Meinungen zur Innen- und Außenpolitik und zur Kommunalpolitik in unserem Kreis Platz. Die Besucher können sich über Aktionen und Veranstaltungen in unserer Region gut informieren. Die parla-

mentarische Arbeit der LINKEN in den Städten und Gemeinden wird dagegen noch zu wenig wiederspiegelt. Über die Arbeit der Kreistagsfraktion erfolgt eine gute Berichterstattung. Gemessen an unseren vielen Fraktionen, Stadt- und Gemeindevertretern in unserem Kreis wünsche ich mir mehr Öffentlichkeitsarbeit. Gerade diese Themen sind mit Sicherheit von Interesse. Schon weil wir in und durch die Medien schlecht vertreten werden, sollten wir die Möglichkeit des Internets mehr nutzen.

Frank Wuttke